



Liebe Leserinnen und Leser,

die ersten Monate meines Mandats in Berlin sind vergangen wie im Flug. Es waren für mich sehr ereignisreiche Monate, in denen ich viel gelernt und mich in meine Themen eingearbeitet habe. Kaum zu glauben, dass schon die Sommerpause vor der Tür steht. Die Arbeit wird nicht ruhen, aber der regelmäßige Sitzungsablauf wird unterbrochen. Aus den letzten Monaten erinnere ich mich am eindrucklichsten...



...an meinen ersten Tag im Bundestag. Viele neue Eindrücke stürmten an diesem Tag auf mich ein. Endlose und verwinkelte Flure, manche sogar unterirdisch. Mit großer Spannung nahm ich an der ersten Landesgruppen- und Fraktionssitzung teil. Meine Eltern und mein Vorgänger Wilhelm Josef Sebastian begleiteten die konstituierende Sitzung auf der Besuchertribüne.



...an meine erste Rede. Im Ausschuss für Arbeit und Soziales ist mir mit der Sozialhilfe ein verantwortungsvolles Thema zugesprochen worden. Sehr deutlich wurde mir das in dieser Debatte bewusst, in der wir darum rangen, in welchem Maße man diejenigen unterstützen soll, die selbst nicht für ihren Lebensunterhalt sorgen können, insbesondere Kinder.



...den Rundgang mit Julia Klöckner und anderen rheinland-pfälzischen Kollegen auf der Grünen Woche. Als ehemalige deutsche Weinkönigin und jetzige Staatssekretärin für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz war Julia Klöckner an jedem Stand herzlich willkommen.



...an den Abend bei der Bundeskanzlerin mit der Gruppe der Frauen. Frau Merkel war eine aufmerksame und trotz ihres vollen Terminkalenders sehr gut gelaunte Gastgeberin. Wir führten private aber auch sehr gute politische Gespräche. Das dominierende Thema zu diesem Zeitpunkt war die Sozialstaatdebatte. Ich habe selten eine so gelöst und trotzdem sehr ernsthaft und konstruktiv diskutierende Runde erlebt.



...den Besuch der Paralympics in Vancouver. Die Eröffnungsfeier war ein Highlight auf meiner ersten Delegationsreise. Viele Hintergrundgespräche folgten, in denen ich einen Eindruck bekam von den oft genug schwierigen Bedingungen, unter denen Sportler mit Behinderung sich ihre außerordentlichen Leistungen antrainieren.

Mechthild Heil MdB

Platz der Republik 1

11011 Berlin

Telefon (030) 227 77 040

Telefax (030) 227 76 423

Em@il mechthild.heil@bundestag.de

www.mechthild-heil.de



...an die regelmäßigen Treffen mit der Gruppe der Frauen. Hier besprechen wir aktuelle Themen mit ausgewählten Fachleuten in einem geschützten Rahmen. Wir können uns sicher sein, dass nichts nach außen dringt.



...den Know-How-Transfer mit den Wirtschaftsjunioren. Oliver Piel, Stellv. Geschäftsführer Ahrtal-Tourismus, begleitete mich in diesem Rahmen zu verschiedensten Terminen und Sitzungen. Auf seinem Programm standen zudem Gespräche mit weiteren Politikern und Fraktionsspitzen. Immer wieder habe ich Praktikanten, Studenten, politisch interessierte Menschen, die für einen Tag oder länger Einblick in den Alltag in Berlin nehmen.



...an das Gespräch mit Bundesverkehrsminister Peter Ramsauer zum Thema Bahnlärm im Rheintal.



...an den Besuch in der Integrierten Gesamtschule Polch. Ich erwähne diesen Besuch stellvertretend für all die anderen Gespräche in den Schulen oder im Bundestag, wenn die Klassen eine Berlinfahrt machen. Es macht mir große Freude, mit den Schülern über aktuelle politische Themen und ihre Lebenswelten zu diskutieren.



...an den Besuch der Landtagsfraktion in Berlin. Bei einer gemeinsamen Fraktionssitzung im Bundestag standen Themen wie die Gemeindefinanzreform, die Neuordnung der Bundespolizei und energiepolitische Fragen auf der Tagesordnung. Hedi Thelen und ich nutzten die Gelegenheit, aktuelle sozialpolitische Themen auf Landes- und Bundesebene zu erörtern.



...an die Wahl des Bundespräsidenten. Nach drei Urnengänge war Christian Wulff unser neuer Präsident, gewählt mit der absoluten Mehrheit der Stimmen. Die Vereidigung im Bundestag war sehr würdig. Christian Wulff machte deutlich, dass er der Präsident des Ausgleichs sein will. Polarisieren ist kein Wesenszug von ihm. Seine integrativen Fähigkeiten kommen genau zum richtigen Zeitpunkt.

Ihre

H. Heie

Schöne
Sommer-
Ferien



Durchbruch bei der Gesundheitsreform

Die Koalitionsspitzen haben sich auf eine Reform des Gesundheitswesens verständigt. Wir wollen ein gerechtes soziales, stabiles, wettbewerbliches und transparentes Gesundheitssystem. Um unser Gesundheitssystem benedigt uns die Welt. Das wollen wir auch für zukünftige Generationen erhalten. Allerdings steht unser System vor den Herausforderungen, die aus dem demografischen Wandel und dem medizinischen Fortschritt folgen.

Wir werden deshalb strukturelle Reformen im System durchführen, die zu mehr Wettbewerb, mehr Freiheit für den Einzelnen und weniger Bürokratie führen. Dazu gehören u. a. eine Honorarreform für den ambulanten Bereich, eine Ausweitung der Kostenerstattung, eine Reform der Selbstverwaltungsorgane, die Entwicklung einer Präventionsstrategie sowie der Ausbau der Gesundheits- und Versorgungsforschung.

Es wird zu Einsparungen kommen und der Beitragssatz der Krankenkassen wird wieder auf die Höhe angehoben, wie er vor der Finanz- und Wirtschaftskrise war. Um diese Krise besser meistern zu können, war seinerzeit der Beitragssatz durch das Konjunkturpaket II abgesenkt worden, was nun wieder rückgängig gemacht werden kann. Darüber hinaus gibt es eine grundlegende Reform, in dem die unabdingbaren notwendigen Ausgabensteigerungen im Gesundheitssystem durch einen Zusatzbeitrag finanziert werden. Dabei gibt es einen Finanzausgleich aus Steuermitteln, der eine Überforderung des Einzelnen vermeidet. Steuererhöhungen sind dazu nicht notwendig.

Religionsfreiheit schützen

In dieser Woche werden wir im Plenum über den Stand der Religionsfreiheit debattieren. Wie notwendig das ist, zeigen die Erkenntnisse verschiedener Forschungseinrichtungen, denen zufolge die Religionsfreiheit in 64 Ländern der Erde (70 Prozent der Weltbevölkerung) sehr stark eingeschränkt oder gar nicht existent ist. Besonders Christen sind dort, wo sie als Minderheit leben, von Einschränkungen und zum Teil von Verfolgung betroffen. Aus diesem Grund hat die christlich-liberale Koalition im Koalitionsvertrag vereinbart, sich weltweit für Religionsfreiheit einzusetzen und dabei ein besonderes Augenmerk auf die Lage der christlichen Minderheiten zu legen.

Doch nicht nur durch Verfolgung, Gängelung und Unterdrückung ist die Religionsfreiheit bedroht. Zahlreiche muslimische Staaten stellen zentrale Aspekte in Frage: Insbesondere wird das Recht, seinen Glauben zu wechseln, für seinen Glauben öffentlich zu werben und das Recht, seinen Glauben öffentlich zu bekennen, durch diese Staaten negiert. Große Sorge bereitet auch der Versuch der Organisation der Islamischen Konferenz (OIC), die „Diffamierung von Religion“ völkerrechtlich zu verbieten.

Fraktionskonferenz zur Rohstoffsicherheit

Wir haben im Rahmen einer Fraktionskonferenz das Thema Rohstoffsicherheit mit führenden Experten intensiv diskutiert und ein entsprechendes Strategiepapier vorgestellt. Der Zugang zu Rohstoffen und deren verlässliche Verfügbarkeit sind für die deutsche Industrie mit ihren Produkten der Hoch- und Spitzentechnologie von existenzieller Bedeutung. Der internationale Bergbau verzeichnet eine steigende Konzentration und damit sinkenden Wettbewerb. Gleichzeitig entstehen immer mehr Handelshindernisse. China hat sich in einer Reihe von Entwicklungsländern einen fast exklusiven Zugang zu bestimmten Rohstoffen gesichert und im Inland viele wichtige Mineralien mit Quoten und Ausfuhrzöllen belegt. Dies verzerrt den Wettbewerb für deutsche Unternehmen, da chinesische Konkurrenten die entsprechenden Stoffe günstiger erwerben können. Rohstoffe gewinnen deshalb strategische Bedeutung in der Außen-, Wirtschafts-, aber auch in der Industriepolitik. Deutschland und die Europäische Union sind aufgefordert, sich jetzt auch des Themas „Sichere Versorgung mit Rohstoffen“ anzunehmen.

Zu einem solchen Konzept einer sicheren Rohstoffversorgung auf nationaler und europäischer Ebene gehören auch die Frage des Recyclings von Rohstoffen und die Verbesserung der Ressourceneffizienz. Ferner benötigen wir Politikansätze, die nur in Kooperation mit anderen Partnern umzusetzen sind. So z.B.: eine gezieltere Ausrichtung und engere Kooperation in der Entwicklungszusammenarbeit; die Unterstützung internationaler Initiativen mit dem Ziel, Einnahmen aus Rohstoffvorkommen in Entwicklungsländern transparenter zu machen; sowie Maßnahmen zur Stabilisierung und Förderung rohstoffreicher Entwicklungsländer, für die die Rohstoffe bisher häufig eher Fluch als wirtschaftlicher Segen waren.

Afghanistan: Übergabe in Verantwortung

Bundesaußenminister Guido Westerwelle hat in dieser Woche in einer Regierungserklärung die Ziele der Bundesregierung für die Kabuler Konferenz am 20. Juli 2010 vorgestellt. Sie ist das Nachfolgetreffen zur Londoner Afghanistan-Konferenz vom Anfang des Jahres, als ein ganzheitlicher Ansatz zur weiteren Entwicklung des Landes beschlossen wurde. Mehr zivile Hilfe sowie ein verstärkter Aufbau der afghanischen Sicherheitsorgane sollen den Weg zu mehr afghanischer Eigenverantwortung ebnen. Mit dieser Neuausrichtung wird eine Abzugsperspektive für die deutschen Soldatinnen und Soldaten geschaffen. Die Kabuler Konferenz wird die Ergebnisse der Friedensjirga vom April 2010 und die Kernpunkte des afghanischen Reintegrationsprogramms aufnehmen. Zwischen der afghanischen Regierung, der ISAF und der internationalen Gemeinschaft soll ein verbindliches Konzept zur Vorbereitung der zur Übergabe anstehenden Provinzen abgestimmt werden.

Diese Woche im Parlament

In zweiter und dritter Lesung wollen wir das Gesetz zur **Umsetzung der geänderten Bankenrichtlinie und der geänderten Kapitaladäquanzrichtlinie** verabschieden, mit dem im Wesentlichen drei von der Europäischen Union im Jahr 2009 beschlossene Änderungsrichtlinien in nationales Recht umgesetzt werden. Damit sind die Weichen hin zu einer besseren Beaufsichtigung der Kreditinstitute und Finanzdienstleister und einer intensiveren Zusammenarbeit der nationalen Aufsichtsbehörden auf europäischer Ebene gestellt. Mit diesen Maßnahmen sollen künftige Fehlentwicklungen vermieden und die Widerstandsfähigkeit des Finanzsektors in Krisenzeiten verstärkt werden, damit sich Marktverwerfungen nicht mehr zu einer globalen Finanzkrise entwickeln können.

In erster Lesung beraten wir das **Gesetz zur Neuordnung des Arzneimittelmarktes** in der GKV, welches langfristige strukturelle Änderungen zur Neuordnung des Arzneimittelmarktes einführt. So müssen Pharmaunternehmen künftig den Nutzen für alle neuen Arzneimittel nachweisen und den Erstattungsbetrag mit der Gesetzlichen Krankenversicherung vereinbaren. Der Arzneimittelmarkt in der gesetzlichen Krankenversicherung wird dereguliert, etwa durch die Verschlinkung von Wirtschaftlichkeitsprüfungen. Therapiehinweise und Verordnungsausschlüsse werden klarer geregelt. Rabattverträge für patentfreie und wirkstoffgleiche Arzneimittel (Generika) werden wettbewerblicher und patientenfreundlicher.

In zweiter und dritter Lesung steht das **Beschäftigungschancengesetz** zur Verabschiedung an. Es enthält verschiedene Regelungen, die in jeweils spezifischer Weise zur Sicherung oder zur Erschließung von Beschäftigungsmöglichkeiten beitragen sollen. Um die Auswirkungen von Personalabbau in Zeiten der Wirtschaftskrise und des Strukturwandels abzufedern und den Arbeitgebern Planungssicherheit zu geben, werden die Erleichterungen der gesetzlichen Voraussetzungen für Kurzarbeitergeld verlängert.

Mit dem Vertrag von Lissabon erhielt die Europäische Union eine unterstützende Zuständigkeit und Kompetenz für den Bereich Sport. Der Antrag der Fraktionen der CDU/CSU und FDP **“Europa in Bewegung – Mit Kompetenz und Verantwortung für einen europäischen Mehrwert im Sport”** fordert die Bundesregierung auf, die sportpolitischen Kompetenzbereiche zu wahren und darauf hinzuwirken, dass zur Erzielung eines europäischen Mehrwertes für den Sport der durch die Autonomie des Sports und das Subsidiaritätsprinzip vorgegebene Handlungsrahmen nicht überschritten wird.

Die Förderung und Unterstützung des Anti-Doping-Kampfes, die Verbesserung der dualen Karrieremöglichkeiten und der Mobilität von im Sport Beschäftigten, die Bedeutung körperlicher Aktivität und des Sports für Gesundheit und Prävention sowie das bürgerschaftliche Engagement stellen für Deutschland ergebnisorientier-

Daten und Fakten

Wirtschaftspolitik der Union führt Deutschland aus der Krise

Die Nachfrage nach Arbeitskräften hält an und erreicht nahezu das Niveau von Juni 2008, kurz vor Beginn der Wirtschaftskrise. Der Stellenindex der Bundesagentur für Arbeit (BA-X) liegt mit 158 im Juni nur 4 Punkte niedriger als vor zwei Jahren. Im Vergleich zu Juni 2009 liegt die Zahl der Erwerbstätigen nun bei 40,2 Millionen (+0,1%). Die Zahl der Arbeitslosen ist seit Mai um 88.000 auf 3,15 Millionen gesunken (saisonbereinigt -21.000), gegenüber dem Vorjahr sind 257.000 Menschen weniger arbeitslos. Die Arbeitslosenquote ist mit derzeit 7,5% erheblich geringer, als angesichts der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen erwartet wurde.

(Quelle: Bundesagentur für Arbeit)

Zahl der Einbürgerungen rückläufig

Im vergangenen Jahr sind in Deutschland rund 96.000 Ausländerinnen und Ausländer eingebürgert worden. Das waren zwar 1.500 Einbürgerungen mehr als im Vorjahr (+1,7 Prozent), allerdings deutlich weniger als im Durchschnitt der Jahre 2000 bis 2007 von jährlich rund 140.000 Fällen. Seit Einführung des neuen Staatsangehörigkeitsrechts im Jahr 2000 hat die Zahl der Einbürgerungen tendenziell abgenommen. Rund 70 Prozent aller Eingebürgerten erwarben die deutsche Staatsangehörigkeit auf Grundlage des Paragraphen 10 Absatz 1 Staatsangehörigkeitsgesetz. Rechtliche Voraussetzung für die Einbürgerung ist in diesen Fällen ein mindestens achtjähriger rechtmäßiger Aufenthalt in Deutschland sowie eine gültige Aufenthaltserlaubnis. Am zweithäufigsten waren mit gut 10.000 Fällen die Einbürgerungen von in Deutschland lebenden ausländischen Ehegatten und minderjährigen Kindern der oben genannten Personen, welche schon nach kürzeren Zeiten eingebürgert werden können. An dritter Stelle standen Einbürgerungen von Ausländerinnen und Ausländern mit einem deutschen Ehe- oder Lebenspartner (gut 7.500 Fälle), an vierter Stelle Einbürgerungen von Ausländerinnen und Ausländern, die sich auf Dauer in Deutschland niedergelassen haben (knapp 5.600 Fälle). Die größte nationale Gruppe der Eingebürgerten stellten 2009 – wie schon in den Jahren zuvor – Menschen aus der Türkei mit gut 24.600 aller Einbürgerungen (25 Prozent).

(Quelle: Statistisches Bundesamt)